

Aktuelle Gesundheitspolitik

# Zahnversorgung am Scheideweg

**Der Weg in die Staatsmedizin „à la DDR“ ist aus Sicht der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns mit der Verabschiedung des GMG unter aktiver Mithilfe der Union vorgezeichnet, so das aktuelle Stimmungsbild bei den Zahnärzten in Bayern. Statt einer freiheitlichen und modernen Zahnheilkunde den Weg zu öffnen, hat den Gesundheitspolitikern die Angst vor ehrlichen Entscheidungen gegenüber dem Bürger und ein abgründiges Misstrauen gegen die Heilberufe die Feder bei dieser Gesetzesreform geführt.**

Autor: Dr. Rolf-Jürgen Löffler, München



5

**Dr. Rolf-Jürgen Löffler,**  
1. Vorsitzender des  
Vorstandes der  
Kassenzahnärztlichen  
Vereinigung Bayerns

**n** Nach dem „epochalen“ Wahlsieg in Bayern hat die CSU auch auf Bundesebene eine große Verantwortung gegenüber den Bürgern, die ihrem Verdruss über die politischen Entscheidungsträger mit einer einzigartig niedrigen Wahlbeteiligung Luft gemacht hat. Die Zahnärzte haben ein Recht auf Planungssicherheit und Kontinuität, auf „echte“ Selbstverwaltung, dem die geplante Umstrukturierung der KZV mit hauptamtlichen Vorständen und dessen geborene Mitgliedschaft in der Vertreterversammlung eindeutig zuwiderläuft. Mit der Gesetzesnovellierung wird den Kollegen mit einer geplanten Absenkung der Honorarbasis im Westen auf einen bundeseinheitlichen Durchschnittspreis die wirtschaftliche Basis entzogen. Die Ausweitungen des Leistungskataloges in der gesetzlichen Krankenversicherung insbesondere im Zahnersatzbereich ohne die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel, sind nicht nur ein Angriff auf bürgerliche Grundrechte,

sondern vernichtet in einem Wachstumsmarkt mit abstrusen Verwaltungs- und Überwachungsvorschriften wie die wirtschaftlich sinnlose Praxisgebühr, willkürliche Prüfverfahren oder Korruptionsbekämpfungsstellen letztlich Tausende von Arbeitsplätzen.

Alle, die in diesem Wirtschaftssegment der Gesundheitsversorgung tätig sind, sollten dieses Gesetz aufmerksam, Wort für Wort aufarbeiten, um zu erkennen, dass es dabei nicht nur um marginale Korrekturen geht, sondern eine nachhaltige und unumkehrbare Systemveränderung im Zentrum der politischen Absichten steht, die am Ende nur in eine bürokratische mangelverteilende Staatsmedizin führt, mit Qualitätsverlust für die Patienten, Vernichtung von Tausenden von Arbeitsplätzen in unseren Betrieben und dem Zusammenbruch eines vormals weltweit führenden Gesundheitssystems. Dagegen gilt es gemeinsam aufzustehen. <sup>7</sup>

4

**Wohin wird der Weg  
der Zahnmedizin führen?**

